

„Nur ganz wenige Leute wissen,

um was es bei EU-Themen eigentlich geht, alles wird in einen Topf geworfen – Dienstleistungsrichtlinie, Entsendegesetz, Mindestlohn“, sagt Hans Gerhard Mendijs, der im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung Gewerkschafter und Betriebsräte befragt hat.



Foto: Karsten Schöne

Dazu passt die absurde Theatervorstellung, die derzeit in Freiburg Kultstatus hat: Es wird aus dem EU-Reform-Vertrag von Lissabon vorgelesen, und alle lachen, weil kein Mensch begreift, was da vorgetragen wird. Auch verstehen nur absolute Insider, warum die erneuerte Eurobetriebsrats-Richtlinie keine Revision

ist, sondern ein Recast, und welcher Verfahrenstrick dahintersteckt.

Immerhin verstehen wir jetzt, was der Soziologe Colin Crouch meint, wenn er sagt: „Europa ist zu einem Elitenprozess mit ausgeklügelten Politiktechniken mutiert.“ Deshalb plädiert Hans-Jürgen Urban emphatisch für mehr Demokratie und Beteiligung.

Nicht zufällig gehen nur noch 46 Prozent zu Europawahlen, vor zwanzig Jahren waren es noch 63 Prozent.

Wir brauchen aber nicht weniger, sondern mehr Europäische Politik, lautet die Devise von Frank Bsirske. Und wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Debatten um den gewerkschaftlichen Europakurs – etwa über den Vertrag von Lissabon. Ihn wollen einige mit einer Sozialen Fortschrittsklausel unterlegen, andere beklagen, dass er alle Strukturmängel der EU fortschreibt: die Schiefelage eines marktliberalen Binnenmarktprojektes, dessen Arbeitsverfassung seit 20 Jahren nicht mehr vorangekommen ist.

Da kann es nicht schaden, wenn die europäischen Arbeitnehmer am 15./16. Mai demonstrieren gehen – und am 7. Juni die Europawahl nicht verpassen. Denn ohne den Einsatz der sozialistischen Fraktion im Europaparlament wäre die erneuerte Eurobetriebsrats-Richtlinie noch viel magerer ausgefallen.

Interessante Lektüre wünscht allen

Cornelia Girndt

CORNELIA GIRNDT
cornelia-girndt@boeckler.de